

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 5: Ausbildung und Arbeit ermöglichen

Arbeit ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Für geflüchtete Menschen wie für die Stadt Köln ist es gleichermaßen wichtig, dass Menschen Zugänge zu Arbeit und Ausbildung und entsprechende Unterstützung erhalten.

- a) Mit welchen Mitteln wollen Sie die berufliche Teilhabe fördern? Wie wollen Sie es unterstützen, dass aus beruflichen Fähigkeiten berufliche Qualifikation werden können?
- b) Wie sorgen Sie dafür, dass Verfahren zur Anerkennung von Qualifikationen (wie Schul- und Studienabschlüsse, auch ohne vollständige Zeugnisse) beschleunigt werden?
- c) Wie unterstützen Sie Betriebe in der Einstellung und Beschäftigung geflüchteter Personen?
- d) Wie nehmen Sie sich des Themas der prekären Arbeitsverhältnisse an, unter denen viele geflüchtete Menschen leiden?

	Berivan Aymaz – Die GRÜNEN a) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen frühzeitig Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung erhalten. In Köln fördern wir niedrigschwellige Beratungsangebote, passgenaue Sprach- und Fachkurse sowie Übergangsmodelle wie Praktika und Qualifizierungsbausteine. So können berufliche Fähigkeiten gezielt ausgebaut und zu anerkannten Qualifikationen weiterentwickelt werden – in enger Zusammenarbeit mit dem Kölner KI (Kommunales Integrationszentrum), Betrieben, Kammern und Trägern vor Ort.</i> b) <i>Die Anerkennung von Abschlüssen obliegt größtenteils dem Land und dem Bund. Wir GRÜNE setzen uns dort für unbürokratischere und schnellere Verfahren ein, insbesondere wenn formale Nachweise fehlen. Auf kommunaler Ebene fordern wir eine zentrale Anlaufstelle, die Betroffene gezielt berät, Verfahren koordiniert und sie bei der Anerkennung unterstützt.</i> c) <i>Um Betriebe bei der Beschäftigung geflüchteter Menschen zu unterstützen, sind mehr Informationen, Vernetzung und praktische Hilfen nötig. Wir fördern Lots*innen-Modelle, eine engere Kooperation mit Jobcentern, Kammern und der Wirtschaft sowie gezielte Beratungsangebote, die auch digital und mehrsprachig angeboten werden. Zudem drängen wir auf Bürokratieabbau und klare Zuständigkeiten, wofür auch Land und Bund verantwortlich sind.</i> d) <i>Geflüchtete Menschen sind besonders häufig von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Sei es durch einen unsicheren Aufenthaltsstatus, fehlende Tarifbindung oder ausbeuterische Arbeitsbedingungen. Unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz und wir GRÜNE setzen uns auf kommunaler Ebene für stärkere Kontrollen, gute Beratungsangebote und Schutzmechanismen ein. Gleichzeitig fordern wir auf Landes- und Bundesebene bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für faire Arbeit und Aufenthaltssicherheit, beispielsweise durch eine verlässliche Bleiberechtsregelung bei Ausbildung und Arbeit.</i>
	Markus Greitemann – CDU: a) <i>Die CDU Köln setzt sich dafür ein, dass Ausbildung und Arbeit für alle zugänglich sind. Wir fördern die berufliche Teilhabe durch die Schaffung von Ausbildungsplätzen in der Stadtverwaltung sowie bei städtischen Unternehmen wie der KVB, der RheinEnergie oder der AWB. Zudem unterstützen wir Formate, die Jugendliche mit Betrieben zusammenbringen. Für Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen setzen wir uns für schnelle, digitale Anerkennungsverfahren und gezielte Nachqualifizierung ein. Wo keine Zeugnisse vorliegen, befürworten wir praxisbasierte Verfahren wie Arbeitsproben zur Kompetenzfeststellung. So wird aus beruflicher Erfahrung eine anerkannte Qualifikation und damit echte Teilhabe möglich.</i>



	b) Die CDU Köln unterstützt Initiativen, die Anerkennungsverfahren digital und mehrsprachig zugänglich machen. Durch strukturierte Berufsorientierung, enge Zusammenarbeit zwischen Berufskammern, Arbeitsagentur, Jobcenter und Landesbehörden sowie durch den Einsatz praxisbasierter Verfahren, wie etwa Arbeitsproben, sollen Qualifikationen auch ohne formale Zeugnisse schneller anerkannt werden. Ziel ist ein zügiger, unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt. c) Die CDU Köln unterstützt Betriebe konkret bei der Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung und Arbeit. Durch Ausbildungsforen bringen wir Unternehmen mit ausbildungsinteressierten Geflüchteten zusammen. Vorbildprojekte aus Köln, wie etwa Kooperationen zwischen Stadt, Kammern und Betrieben, wollen wir ausbauen und landesweit als Modelle etablieren. Ziel ist es, bürokratische Hürden abzubauen und den Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung verlässlich zu unterstützen. d) Prekäre Beschäftigungsverhältnisse stellen für geflüchtete Personen ein erhebliches Risiko für soziale und ökonomische Integration dar. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, ist eine Priorisierung qualitativ hochwertiger Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote essenziell. Insbesondere sollte die Schaffung von regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Fokus stehen, um die Abhängigkeit von niedrig entlohnenden Übergangsarbeitsverhältnissen zu reduzieren. Eine wirksame Strategie beinhaltet die Förderung umfassender Integrationsprogramme, die sprachliche, berufliche und psychosoziale Unterstützung miteinander verknüpfen, wie beispielsweise das Landesprojekt „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a. Wir fordern ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen, mehr Ausbildungsplätze in kommunalen Betrieben und der Verwaltung sowie bessere Übergänge von Schule zu Beruf. <i>Wichtig sind auch lokale Netzwerke, die Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten unterstützen und mit Arbeitgebern verbinden.</i> b. Die Linksfraktion im Bundestag fordert seit langem ein Anerkennungsgesetz mit Rechtsanspruch, das Verfahren transparent, bundeseinheitlich und zügig gestaltet. Dabei sollen Bewertung, Bescheinigung und gegebenenfalls Teilanerkennung schnell erfolgen, flankiert von Beratung und modularer Nachqualifizierung inklusive sprachlicher Förderung. <i>Kommunal wollen wir auch unabhängige Unterstützungsstrukturen durch freie Träger fördern, die Menschen bei der Anerkennung begleiten.</i> c. Die Stadt soll selbst Geflüchtete beschäftigen und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aktiv bekämpfen. <i>Zusammen mit der Agentur für Arbeit und der freien Wohlfahrtspflege sollen wohnortnahe Angebote für Sprachkurse entstehen und erhalten bleiben, damit hier keine zusätzliche Organisation der Unternehmen notwendig ist.</i> d). Wir setzen uns für gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung ein: Abbau von Leiharbeit und Befristungen sowie Tariftreue bei städtischen Ausschreibungen. <i>Zudem wollen wir die „Beratungsstellen Arbeit“ gegen ausbeuterische Beschäftigung und gewerkschaftliche Organisation stärken. Wir fordern einen Mindestlohn von 15 Euro. Der Anteil der Eigenreinigung bei der Stadt und eine gute Bezahlung ab EG 3 bringen wir voran.</i>
	Volker Görzel – FDP: a) Der Schlüssel zur Integration ist Arbeit. Deshalb setzen wir auf Sprache, Ausbildung und gezielte Weiterbildung. Wir wollen dafür sorgen, dass berufliche Fähigkeiten schnell sichtbar gemacht und in anerkannte Qualifikationen überführt werden können – z. B. über praxisnahe Nachqualifizierungen und berufsbezogene Sprachförderung. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass auch die städtischen Tochterbetriebe aktiv auf Geflüchtete zugehen und sie gezielt ansprechen – denn Teilhabe gelingt am besten, wenn aus Talenten auch formale Abschlüsse werden. b) Viele Geflüchtete haben wertvolle Abschlüsse oder Berufserfahrungen – die Verfahren zur Anerkennung dauern jedoch oft zu lange. Wir setzen uns dafür ein, dass diese deutlich beschleunigt und unbürokratischer gestaltet werden. Wenn Zeugnisse fehlen, müssen praktische Kompetenzfeststellungen stärker genutzt werden. Ziel ist, dass niemand monatelang auf der Wartebank sitzt, obwohl er oder sie längst in Betrieben gebraucht wird. Zuständige Ämter müssen hier besser unterstützt werden. c) Viele Betriebe suchen händeringend nach Arbeits- und Fachkräften. Deshalb müssen sie mit klarer Information, Beratung und pragmatischer Begleitung unterstützt werden, wenn sie Geflüchtete einstellen wollen. Besonders wichtig ist uns, dass die städtischen Tochtergesellschaften mit gutem Beispiel vorangehen und aktiv auf Geflüchtete zugehen. So schaffen wir Vertrauen – und andere Unternehmen können leichter nachziehen.



	d) Wir wollen Integration in den regulären Arbeitsmarkt, nicht in Sackgassen. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse müssen verhindert werden. Hier sind die Behörden gefordert, die jede Unterstützung verdienen.
	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Berufliche Teilhabe fördern Wir fordern Teilhabe durch Bildung und Arbeit – insbesondere für geflüchtete Menschen. Es braucht niedrigschwellige Unterstützungsangebote zur Anerkennung und Qualifikation. b) Anerkennung von Qualifikationen beschleunigen Wir wollen, dass Köln sich für vereinfachte Anerkennungsverfahren einsetzt – auch bei fehlender Dokumentation. c) Unterstützung für Betriebe Wir befürworten kommunale Unterstützung von Unternehmen, die geflüchtete Menschen beschäftigen – z. B. durch Beratungs- und Förderangebote. d) Prekäre Arbeit bekämpfen GUT & KLIMA FREUNDE setzen sich gegen Ausbeutung und prekäre Arbeitsverhältnisse ein – z. B. durch Kontrollen, Beratung und Schutzmaßnahmen für Betroffene.
	Torsten Burmester – SPD: Arbeit ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir wollen deshalb Zugänge zu Ausbildung und Arbeit für geflüchtete Menschen gezielt fördern – durch Qualifizierungsprogramme, die Sprachförderung und Fachunterricht verbinden, und durch beschleunigte Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, auch wenn keine vollständigen Zeugnisse vorliegen. Kölner Betriebe, die Geflüchtete einstellen, sollen durch Beratung und Vernetzung unterstützt werden. Gleichzeitig treten wir entschieden gegen Ausbeutung und prekäre Arbeitsverhältnisse ein. Faire Löhne und sichere Arbeitsbedingungen müssen für alle gelten – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
	Lars Wolfram – Volt: Volt Köln setzt sich für die berufliche Teilhabe geflüchteter Menschen durch konkrete kommunale Maßnahmen ein. Ein zentrales Vorhaben ist der von uns beantragte Internationale Welcome Desk, der als zentrale Anlaufstelle sowohl Geflüchtete als auch kleine und mittlere Betriebe unterstützen soll. Ziel ist es, mehrsprachig und unbürokratisch zu beraten, bei der Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung zu helfen und durch enge Vernetzung mit Kammern, Jobcenter und freien Trägern Übergänge in den Kölner Arbeitsmarkt zu erleichtern. Berufliche Fähigkeiten sollen systematisch erfasst und in anerkannte Qualifikationen überführt werden, z.B. durch Nachqualifizierungen oder Einstiegsprogramme mit begleitendem Spracherwerb. Der Internationale Welcome Desk soll dabei eine aktive Rolle in der Begleitung, insbesondere bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, übernehmen. Zudem setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass Ermessensspielräume genutzt werden, wenn Zeugnisse nicht vollständig vorliegen, und alternative Nachweise wie Kompetenztests oder Arbeitsproben stärker anerkannt werden. Viele kleine und mittlere Unternehmen in Köln sind offen für die Einstellung geflüchteter Menschen, benötigen aber konkrete Unterstützung bei rechtlichen Fragen, Fördermitteln oder der Kommunikation mit Behörden. Der Internationale Welcome Desk soll daher nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für Betriebe eine Beratungs- und Servicestelle sein. Um prekäre Beschäftigungen zu verhindern, braucht es mehr Kontrollen in besonders gefährdeten Branchen und es braucht eine Stärkung der Beratungsstellen, die Geflüchtete über ihre Rechte informieren.



	Hans Mörtter – parteilos: a) Arbeit ist Würde. Ich setze mich für Programme ein, die Menschen mit Fluchtgeschichte vom Helferstatus in reguläre, qualifizierte Jobs bringen. Berufliche Fähigkeiten sollen schnell in Qualifikationen übersetzt werden können. b) Anerkennungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Ich will eine städtische Koordinierungsstelle, die Geflüchtete und Betriebe gleichermaßen unterstützt. c) Betriebe, die Geflüchtete einstellen, sollen Beratung, Entlastung und klare Ansprechpartner:innen bekommen. d) Prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpfen wir mit Aufklärung über Rechte, Rechtsberatung und Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Niemand darf aus Angst ausgebeutet werden.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: a. Die Partei setzt sich für kommunale Wirtschaftsförderung, Bildungspartnerschaften, niedrigschwellige Informationsangebote und die Stärkung von Qualifizierungsangeboten ein (VHS, Wirtschaft, Ganzttag). b. Die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren, Kooperationen mit Unternehmen und Beratungsstellen sollen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen. c. Betriebe sollen durch Netzwerkbildung, städtische Plattformen und Beratung im Einstellungsprozess gefördert werden. Engagement gegen Ausbeutung und für faire Arbeitsbedingungen, u.a. durch Beratung, Netzwerkbildung und enge Kooperation mit Sozialträgern.
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 5 a) Arbeit und Ausbildung öffnen Türen in den Alltag. Darum braucht es klare Qualifizierungswege, gute Kompetenzchecks und ein lebendiges Matching mit Betrieben und Kammern. Städtische Unternehmen sollten dabei vorangehen. 5 b) Anerkennungen sollten nicht zermürben, sondern begleiten. Eine Lotsenstelle und pragmatische Teilanerkennungen machen den Einstieg schneller und transparenter 5 c) Betriebe brauchen Sicherheit, wenn sie einstellen wollen. Verständliche Informationen zum Aufenthaltsrecht und Arbeitsrecht sowie priorisierte Termine in wichtigen Fällen geben diese Sicherheit. Das erleichtert Planung und schafft Chancen. 5 d) Ausbeutung hat in Köln keinen Platz. Beratung, mehrsprachige Aufklärung und konsequente Kontrollen schützen Menschen und faire Arbeitgeber gleichermaßen.



Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links

[Frage 1](#): Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2](#): Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3](#): Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4](#): Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5](#): Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6](#): Spracherwerb fördern

[Frage 7](#): Kita-Plätze schaffen

[Frage 8](#): Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9](#): Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10](#): Kirchenasyl schützen

[Frage 11](#): Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12](#): Freiwilliges Engagement fördern

